

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Erteilungen nehmen die Anträge, und für Ausdrücke die Postenstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Abonnementpreise: Die Abonnementspreise für das Erzgebirge sind für den Zeitraum vom 1. Juli 1929 bis zum 31. Juni 1930: Einzelhefte 20 Pfennige, Kassenabnahme 20 Pfennige, auswärtige Abonnenten 25 Pfennige, auswärtige Kassenabnahme 25 Pfennige, amtliche Zeitungen 20 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1948

Nr. 158

Mittwoch, den 10. Juli 1929

24. Jahrgang

Frankreichs Antwort an England

Ueber die Regierungskonferenz in Paris veröffentlicht die Agentur Havas die folgende offenbar offiziöse Auslassung:

„Am Außenministerium arbeitet man an der Vorbereitung der Antwort auf das Aide-Memoire, das der englische Botschafter am Sonnabend überreicht hat. Der Wortlaut dieser Antwort wird wahrscheinlich, so zeitig fertiggestellt sein, daß er morgen durch den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Briand, dem Ministerrat unterbreitet werden kann. Man kann bereits jetzt voraussehen, daß die Note der französischen Regierung mit der englischen Verbalnote darin übereinstimmt, daß die Regierungskonferenz in den ersten Augusttagen beginnt. Dagegen dürfte sie den Standpunkt Frankreichs wegen der Wahl des Verhandlungsortes aufrecht erhalten. Die Note besteht folglich auf der Wahl eines neutralen Landes wie der Schweiz und hebt die Angelegenheiten hervor, denen man würde Rechnung tragen müssen, wenn die Konferenz in der Hauptstadt irgend einer der interessierten Mächte stattfinden würde. Hinsichtlich der Methode und des zu befolgenden Verfahrens scheinen keine grundsätzlichen Mißverständnisse zu

bestehen. Sind doch die Grundlagen des Problems durch den Genfer Bericht vom 16. September 1928 festgelegt. Es wäre dabei nicht unmöglich, alle Verhandlungen gleichzeitig durch separate Organismen führen zu lassen. Zum Beispiel könnte auf diese Weise die Vollkonferenz die Frage der Reparationen behandeln. Abgesehen von England, Frankreich, Italien, Belgien, Japan und Deutschland würden die übrigen an den Reparationen interessierten Mächte, nämlich Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Griechenland und Portugal an der Diskussion teilnehmen. Das Sachverständigenkomitee würde die inwischen durch Inkraftsetzung des Young-Planes aufgeworfenen Probleme regeln und ein anderes Komitee, in dem die sechs Mächte, die an den Beratungen im Genf im September vorigen Jahres teilgenommen haben, vertreten sein würden, würde die Frage der Festsetzung und Ausgleichskommission sowie der Räumung des Rheinlandes zu regeln haben. Die Verständigung würde, wie es scheint, auf dieser Grundlage leicht zwischen den interessierten Mächten erzielt werden können.“

das Recht, für den 600 Millionen übersteigenden Betrag ein zweijähriges Moratorium für die Transferierung und unter Umständen auch einen Ausbringungsschutz zu verlangen. Wichtig ist, daß der Young-Plan einige Pfänder, Kontrollen, Sicherheiten beseitigt. Damit wird uns zugleich das Recht gegeben zu verlangen, daß endlich der letzte ausländische Soldat und das letzte ausländische Kontrollmitglied Deutschland und insbesondere auch den rheinischen Boden verläßt.

Trotz allem: Die uns zugemuteten Lasten übersteigen bedeutend das, was die deutsche Volkswirtschaft zu leisten in der Lage ist, ganz abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken gegen die Reparation überhaupt. Nehmen wir den Young-Plan an, werden wir uns abermals bemühen müssen, Unmögliches möglich zu machen. Ehe wir daran denken, diesen Weg zu betreten, müssen die Rheinlande völlig frei werden und wird auch das Saarproblem zu unserer Zufriedenheit geregelt werden müssen. Ohne Hilfe des Auslandes kann keine Rede davon sein, daß Deutschland in der nächsten absehbaren Zeit irgendwelche praktische Reparationspolitik erfolgreich zu betreiben vermag. Wir müssen in weitgehendem Maße mit langfristigen ausländischen Anleihen zu angemessenen Zinsen rechnen. Wir brauchen nicht zu befürchten, daß dann, wenn diese Anleihen produktiv verwandt werden, unsere Verschuldung an das Ausland sich noch verstärken muß; die ganze rheinisch-westfälische Industrie führt ihren Aufbau in der Hauptsache letzten Endes auf fremdes Kapital zurück, das Belgien, Frankreich, England in der Mitte des vorigen Jahrhunderts borgen. Schon bald konnten aber dann die Krüden des Auslandes als überflüssig weggeworfen werden. Ohne diese Krüden hätte die deutsche Volkswirtschaft nie so rasch gehen gelernt, wie es tatsächlich der Fall war. Daraus müssen wir auch für die Gegenwart lernen. Eine „brutale Sparsamkeit“ im öffentlichen wie im politischen Leben ist unerlässlich, aber auch noch manches andere: Eine Steuerpolitik, die Rücksicht darauf nimmt, daß auch im Interesse des Fiskus nichts so sehr erwünscht sein kann wie vermehrte Kapitalbildung, eine Handelspolitik, die alle ihre Maßnahmen, auch die Bemessung der Zölle, in den Dienst einer gesteigerten Produktivität unserer Arbeit stellt, eine Sozialpolitik, die begreift, daß soziale Fürsorge auf Kosten der Kapitalbildung ein Widerspruch in sich selbst ist.

Am Schluß der außerordentlichen Mitgliederversammlung wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Young-Plan stellt eine politische und keine wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage dar. Die im Rangam-Berein zusammengeschlossenen rheinisch-westfälischen Wirtschaftskreise lehnen daher die Verantwortung für die Möglichkeit der Erfüllung des Planes ab.“

In der der Annahme der Entschließung vorausgegangenen Aussprache hatte das Schlußwort

Generaldirektor Dr. Bögl

erhalten, der u. a. erklärte, er beabsichtige nicht, sich an dieser Stelle gegenüber den Anwürfen anlässlich seines Rücktritts aus der Sachverständigenkommission zu rechtfertigen. Der Redner ging dann näher auf den Sachverständigenbericht ein. Die schwere Frage sei die Annahme oder Ablehnung des Young-Planes. Auch er sei der Ansicht, daß in Paris nicht mehr hätte erreicht werden können als geschehen ist. Das Ergebnis sei der deutschen Delegation zu danken, zu der er sich in diesem Falle nicht zählen könne, da er eine höhere Summe als 1640 Millionen nicht hätte annehmen können. Es scheint ihm über das Verantwortungsvermögen eines Einzelnen hinauszuweisen, das Vaterland für 60 Jahre zu belasten. Er sei der Meinung, daß das Zurückgehen auf den Dawes-Plan zwar eine Krise gebracht hätte, aber er glaube, daß auch diese Krise überwunden worden wäre. Dr. Bögl stellte den Dawes-Plan dem Young-Plan gegenüber und kam zu dem Schluß, daß der Young-Plan eine immer wachsende Verschuldung nach sich ziehen müsse. Er hoffe, daß die Befürworter der Annahme des Planes nicht wieder in den Fehler verfallen würden, Schleier über die wahren Verhältnisse zu ziehen. Er gebe sich nicht der Hoffnung hin, daß bald eine Lösung gefunden werden könne, die eine Belastung für viele Jahre ausschließe.

Kriegervereine und Stahlhelm

Auf dem 14. Abgeordnetentag des Preussischen Landeskriegerverbandes, der am Montag in Kiel abgehalten wurde, kam der erste Vorsitzende des Kriegerbundes, General a. D. von Horn, in seiner Begrüßungsansprache auch auf das Verhalten des Landeskriegerverbandes zu den Vaterländischen Verbänden, insbesondere zum Stahlhelm zu sprechen, wobei er erklärte, es liege eine Gefahr darin, daß diese Verbände bestrebt seien, die Kriegervereine vor ihren Wogen zu spannen. Die Bildung von Stahlhelmsgruppen innerhalb der Kriegervereine müsse aufs schärfste bekämpft werden. Wer da glaube, in den Reihen der Kriegervereine Stahlhelmpolitik treiben zu können, der sei auf dem falschen Weg. Er warne die prominenten Führer in den Kriegerverbänden, ihre Namen für die Stahlhelmbewegung herzugeben, da daraus leicht der Schluß gezogen werden könne, daß die Kriegerverbände hinter dieser Sache ständen. Die Stahlhelmer sollten ihren Weg, die Kriegervereine aber wollen ihren Weg gehen. In den Sitzungen des Kriegerbundes sei klar zum Ausdruck gebracht, daß sich jeder innerhalb der Organisation und jeder Organisation als solche der parteipolitischen Tätigkeit zu enthalten habe.

Die westdeutsche Industrie zum Youngplan

Die Spitzenorganisation der rheinisch-westfälischen Wirtschaft und der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen hatte gestern seine Mitglieder und Freunde zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in die Tonhalle zu Düsseldorf eingeladen, um sich über die Ergebnisse der Pariser Reparationskonferenz zu unterrichten und zu dieser Stellung zu nehmen. Zu der Tagung fanden sich etwa 1200 Teilnehmer ein, darunter auch die Spitzen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der Reichsbahn und Reichspost, sowie zahlreiche Vertreter der Wissenschaft und Presse. Die führenden Männer der Wirtschaft waren fast ausnahmslos verammelt. Die Tagung erhielt ihre besondere Prägung durch die Anwesenheit der deutschen Sachverständigen auf der Pariser Reparationskonferenz, Dr. Bögl, Geheimrat Kastl und Dr. Melchior.

In der Eröffnungsansprache brachte der Vorsitzende des Vereines zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen, der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte Oberhausen, Paul Reusch, den Mitgliedern der deutschen Delegation für die Reparationskonferenz für ihre hingebungsvolle Arbeit in Paris aufrichtigen und herzlichen Dank zum Ausdruck. Besonderen Dank sprach er Generaldirektor Dr. Bögl aus. Reichspräsident Dr. Schacht habe in München, so sagte der Redner weiter, in einer großen Rede seine Stellungnahme zum Young-Plan bekanntgegeben und gleichzeitig ein politisches Glaubensbekenntnis abgelegt. Das deutsche Volk habe allen Grund, ihm dafür zu danken.

Ueber den Young-Plan

macht Generaldirektor Reusch u. a. nachstehende Bemerkungen: Daß die Höhe der vorgesehenen Annuitäten für die deutsche Wirtschaft untragbar ist, haben sämtliche Sachverständigen zum Ausdruck gebracht. Kein verständiger Mensch glaubt daran, daß diese Annuitäten aus Ausfuhrüberschuss aufgebracht werden können. Die Folge wird sein, daß, wenn der Young-Plan in Kraft treten sollte, ein erschreckender Ausverkauf der deutschen Wirtschaft einsehen wird. Von diesem Ausverkauf, der bereits begonnen hat, wird insbesondere die deutsche Industrie betroffen werden. Ausländer werden einen erheblichen Teil der deutschen Industrie beherrschen. Bei konsequenter Durchführung des Young-Planes würde das deutsche Volk bald aufhören, eine Nation zu sein; Deutschland würde zu einem geographischen Begriff herabstinken.

Die deutsche Wirtschaft hat aber nicht nur einen äußeren Feind, sie hat leider auch im Innern um ihre Existenz hart zu kämpfen. Immer verhängnisvoller wirkt sich die Tatsache aus, daß man sich in Deutschland nur ganz unzureichend klar ist über die Schwere und die vernichtenden Wirkungen der gewaltigen Belastung, die unsere Wirtschaft bedrückt. Im Jahre 1929 beträgt die Gesamtmehrbeanspruchung der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Stand vom 1. Januar 1925 18.225 Milliarden RM, dabei ist die Mehrbelastung der Wirtschaft durch erhöhte Schulden und Zinsverpflichtungen nicht berücksichtigt.

Der Herr Reichsminister des Innern Scrivering hat am 14. April 1929 in Kiel gesagt:

„Verbilligung der Produktion und Erhöhung der Kaufkraft der Massen für unsere Ziele!“

Mit diesen Zielen können auch wir uns einverstanden erklären. Die bisherigen Maßnahmen unserer Regierung haben jedoch das erstere Ziel in keiner Weise erreicht. Um Gegenteil: die Erzeugung wurde verteuert, die Ausfuhr ist erschwert, der Index ist gestiegen, die Arbeitslosigkeit hat zugenommen! Erfolgt im Rahmen unserer gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht bald eine grundlegende Umkehr, so muß ein Teil unserer Wirtschaft verkümmern. Besonders gefährdet scheint mir neben der Landwirtschaft die Schwer- und Kohleindustrie.

Ich habe diese Ausführungen nicht gemacht, um die Arbeitnehmer anzugreifen, für deren Bestreben nach besserer Lebenshaltung im Rahmen des Möglichen jeder sozial denkende Mensch Verständnis haben muß, sondern aus dem Bedürfnis heraus, Regierung und gesetzgebende Körperschaften zu warnen, auf dem in den letzten Jahren beschrittenen Weg fortzuführen, einem Weg, der auf die Dauer das Ziel einer besseren Lebenshaltung nicht erreichen kann, sondern zur Verelendung des Volkes führen muß. Die Not der Zeit zwingt uns, endlich einmal damit aufzuhören, unsere Kräfte in inneren Kämpfen und Reibungen zu vergebren. Mehr als je ist heute Einigkeit im deutschen Volke notwendig. Wir müssen den festen Willen haben, uns als Volk zu behaupten und uns wieder hochzuarbeiten, trotz der Schwere der Zeit und der ungeheuerlichen Lasten, die uns von unseren ehemaligen Feinden aufgebürdet worden sind. Ich glaube nicht an die Möglichkeit der Durchführung des Young-Planes. Ich kann nicht glauben an eine Verflückung des deutschen Volkes für den Rest dieses Jahrhunderts.

Nach der Eröffnungsansprache von Generaldirektor Paul Reusch behandelte

Prof. Dr. Weber-München

das Ergebnis der Pariser Konferenz in einem Vortrag, in dem er u. a. ausführte:

In der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrer komplizierten Arbeitsteilung und ihrem auf gegenseitiges Nehmen und Geben eingerichteten Austausch ist kein Platz für einseitige Tributleistungen, vollends nicht in dem Umfang, wie sie Deutschland zugemutet werden. Die Finanzminister der ehemaligen Feindstaaten lehnen zwar die Reparationen herbei, die Handelsminister aber müssen sich die denkbarste Mühe geben, um den Millionenegen von der Wirtschaft, die von der Galassenturzen nichts wissen will, abzuwehren. Es gibt keine vernichtendere Kritik der Reparationen als die Versicherung des Young-Ausschusses, daß man sich bemüht habe, ein Finanzinstitut zu schaffen, um mittels unserer Tribute „Unternehmungen zu finanzieren, insbesondere in unentwickelten Ländern, die man wahrscheinlich sonst mit den vorhandenen Finanzmöglichkeiten nicht in Angriff nehmen würde.“ Aus dem Herzen Europas, in einem hochentwickelten Wirtschaftsgebiete, das unter einer Kapitalnot leidet, wie sie bis dahin die kapitalistische Wirtschaft noch nicht kannte, werden für Reparationen Kapitalien herausgezerrt, um sie irgendwo an der Peripherie der wirtschaftlichen Kultur für wenig bringende Zwecke anzulegen. Allgemein ist ferner die Erkenntnis vorgebracht, daß letzten Endes die breiten Massen der Bevölkerung die Last der Tribute zahlen müssen. Suchen sich die Arbeiter durch künstliche Hochhaltung der Löhne zu wehren, dann werden sie dafür Minderung des Kapitals und damit vergrößerte Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen müssen. Die davon ausgehende soziale Beunruhigung muß der Ausbreitung des bolschewistischen Giftes Vorschub leisten. Auch aus dem Grunde bedeuten die Reparationen eine ernste Gefahr für Europa.

Nach dem der Vortragende dann festgestellt hatte, daß die bisherigen Leistungen Deutschlands mindestens 40 bis 50 Milliarden RM betragen, erklärte er, der Dawes-Plan würde unter allen Umständen den Vorzug verdienen, freilich nur wenn er eingehalten würde, wie er gedacht war. Während aber die Väter des Dawes-Planes immer wieder betont hätten, Deutschland könne nur mit einem „Wirtschaftsüberschuss“ aus seiner Arbeitsleistung, nur durch einen „Exportüberschuss“ bezahlen, hätten wir mit geborgten Dollars transferiert; in den Monaten April und Mai, als die deutsche Wirtschaft, unmittelbar vor einer außerordentlich ernsten Krise stand, erreichten die Darlehensleistungen einen Rekord.

Der Transferschub des Dawes-Planes hat, so fuhr der Redner fort, infolge seiner praktischen Handhabung, woran wir leider durch unseren nicht rechtzeitigen Protest mit schuld sind, jeden Sinn und Zweck verloren. Der Young-Plan bietet uns